

Franke: Gesellschaft muss reagieren

Der Opferbeauftragte der Bundesregierung, Edgar Franke

(SPD, Gudensberg), sagte

nach dem Urteil, „die menschenverachtende

Gesinnung, die in den

Taten zum Ausdruck

kam, erfordert eine klare gesellschaftliche Reaktion als

Zeichen der Solidarität mit den Opfern.“ Er verwies darauf, dass

die Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten und

extremistischer Übergriffe mit dem neuen Haushalt verdrei-

facht worden seien.



Foto: privat/nh